230-1-W

Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLplG)¹

Inhaltsübersicht

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

- Art. 1 Aufgabe und Instrumente der Landesplanung
- Art. 2 Grundsätze der Raumordnung
- Art. 3 Ziele der Raumordnung

2. Abschnitt

Organisation der Landesplanung

- Art. 4 Landesplanungsbehörden
- Art. 5 Regionale Planungsverbände
- Art. 6 Verbandssatzung
- Art. 7 Organe der Regionalen Planungsverbände
- Art. 8 Aufsicht über die Regionalen Planungsverbände
- Art. 9 Kostenerstattung an die Regionalen Planungsverbände
- Art. 10 Landesplanungsbeirat

3. Abschnitt

Raumordnungspläne

- Art. 11 Grundlagen
- Art. 12 Umweltbericht
- Art. 13 Anhörungsverfahren
- Art. 14 Abwägung

¹ Dieses Gesetz dient auch der Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl EG Nr. L 197 S. 30).

- Art. 15 Bekanntgabe
- Art. 16 Inhalt des Landesentwicklungsprogramms
- Art. 17 Ausarbeitung und Aufstellung des Landesentwicklungsprogramms
- Art. 18 Inhalt der Regionalpläne
- Art. 19 Ausarbeitung und Aufstellung der Regionalpläne
- Art. 20 Planerhaltung

4. Abschnitt

Sicherungsinstrumente der Landesplanung

- Art. 21 Gegenstand, Zweck und Erforderlichkeit von Raumordnungsverfahren
- Art. 22 Einleitung, Durchführung und Abschluss von Raumordnungsverfahren
- Art. 23 Vereinfachtes Raumordnungsverfahren
- Art. 24 Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen
- Art. 25 Verwirklichung der Landesplanung

5. Abschnitt

Datengrundlagen und Überwachung

- Art. 26 Mitteilungs- und Auskunftspflicht
- Art. 27 Raumb Beobachtung
- Art. 28 Unterrichtung des Landtags

6. Abschnitt

Sonstige Vorschriften

- Art. 29 Zielabweichungsverfahren
- Art. 30 Anpassungsgebot, Ersatzleistung an die Gemeinden
- Art. 31 Verfahren bei der Abstimmung von Raumordnungsplänen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes
- Art. 32 Verwaltungskosten

7. Abschnitt

Schlussbestimmungen

Art. 33 Änderungen anderer Gesetze

Art. 34 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsregelungen

Begründung:

A. Allgemeines

I. Ausgangslage und Anlass der Novellierung

Die Gesetzgebung für die Raumordnung im Landesgebiet (Landesplanung) ist eine Aufgabe des Freistaates Bayern. Das geltende Bayerische Landesplanungsgesetz (im Folgenden: BayLplG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 1997 (GVBl S. 500), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2004 (GVBl S. 14), ist aus folgenden Gründen zu novellieren:

1. Projekt „Verwaltung 21“ - Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung

Vor dem Hintergrund der bundesweit ungünstigen insbesondere wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen hat sich der Freistaat Bayern, um seine Zukunftsfähigkeit zu erhalten, auf die Erfüllung seiner Kernaufgaben mit effektiven Verwaltungsstrukturen zu konzentrieren. Dies bedeutet einen Aufgabenabbau und eine Verschlanung auf allen Ebenen.

Der Bayerische Ministerpräsident hat deshalb in der Regierungserklärung vom 6. November 2003 auch eine grundlegende Reform der Landesentwicklung angekündigt. Teil dieser Reform ist eine Novellierung des BayLplG, die die Regelungen auf das bundesrechtlich notwendige Maß zurückführen soll. Darüber hinaus sollen entsprechend der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten die gesetzlichen Voraussetzungen für ein schlankes Landesentwicklungsprogramm und für eine Vereinfachung der Regionalplanung, insbesondere eine Strukturreform der Regionalen Planungsverbände, geschaffen werden.

2. Anpassung an Bundesrecht

Das Raumordnungsgesetz des Bundes (im Folgenden: ROG), das zuletzt zum 1. Januar 1998 novelliert wurde, enthält neben unmittelbar geltenden Vorschriften wie z. B. über die Bindungswirkung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung Vorgaben für die Raumordnung in den Ländern, die der Bund aufgrund seiner Rahmengesetzgebungskompetenz gem. Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Grundgesetzes erlassen hat. Die Rahmenvorschriften schreiben u. a. den Raumordnungsplan für das Landesgebiet (Landesentwicklungsprogramm), die Regionalplanung, die Planerhaltung, das Zielabweichungsverfahren und das Raumordnungsverfahren als für die Länder verbindliche Instrumente der Raumordnung vor. Die Landesplanungsgesetze sind dem ROG anzupassen. Der Verpflichtung gem. § 22 ROG, das Landesrecht innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des neuen ROG anzupassen, ist der Freistaat Bayern bisher nicht in vollem Umfang nachgekommen.

3. Umsetzung von europäischem Recht

Die Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (im Folgenden: SUP-Richtlinie („Strategische Umweltprüfung“)) ist bis zum 20. Juli 2004 im nationalen Recht umzusetzen. Die Richtlinie erfasst auch die Pläne und Programme der Raumordnung; sie sieht für Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, eine Umweltprüfung (Umweltbericht, Einbeziehung von Behörden und Öffentlichkeit, Überwachung, etc.) vor. Der Bund hat die Richtlinie im „Europarechtsanpassungsgesetz Bau - EAG Bau“ (Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags vom 30.04.2004, Zustimmungsbeschluss des Bundesrats vom 11.06.2004, vgl. BR-Drs. 395/04 und BR-Drs. 395/04 (Beschluss)), das voraussichtlich am 20. Juli 2004 in Kraft treten wird und das auch Änderungen des ROG vorsieht (im Folgenden: ROG-E), umgesetzt; weiterhin beabsichtigt er eine Umsetzung in einem „Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung“. Die Länder haben die sich aus der Richtlinie ergebenden zusätzlichen verfahrensrechtlichen Anforderungen nach Maßgabe des Bundesrechts im Landesrecht zu verankern. Die SUP-Richtlinie soll im geringstmöglichen Umfang im Rahmen dieser BayLplG-Novellierung umgesetzt werden.

II. Inhaltliche Schwerpunkte des Gesetzentwurfs

1. Projekt „Verwaltung 21“ - Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung

Im künftigen BayLplG sollen die Instrumente der Landesplanung unter Berücksichtigung der in der Praxis gewonnenen Erfahrungen nochmals gestrafft und die Verfahren weiter vereinfacht und beschleunigt werden. Schwerpunkte der Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung auf der Grundlage der vom Ministerrat beschlossenen Eckpunkte sind:

- Verzicht auf das Instrument der fachlichen Programme und Pläne (bisher Art. 15 und 16)
- Verzicht auf sog. Einzelne Ziele der Raumordnung und Landesplanung (bisher Art. 26)
- Verzicht auf die bisherige „Mehrfachabsicherung“ der Bann- und Erholungswälder
- Ausschluss von Doppelregelungen in Raumordnungsplänen und im Fachrecht
- Wegfall der regionalen Planungsbeiräte (bisher Art. 8 Abs. 7 und 10)
- Wegfall der meisten organisatorischen Regelungen zum Landesplanungsbeirat (bisher Art. 11) zugunsten einer Verordnungsermächtigung
- Wegfall der Vorgaben für die grenzüberschreitende Regionalplanung und der überregionalen Entwicklungsachsen als Mindestinhalt des Landesentwicklungsprogramms (bisher Art. 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 4)
- Beschränkung der fachlichen Inhalte des Landesentwicklungsprogramms auf Festlegungen in landesweit raumbedeutsamen Fachbereichen
- Beschränkung der fachlichen Inhalte der Regionalpläne auf regionsweit raumbedeutsame Festlegungen zu den Bereichen Siedlungswesen, Verkehr, Wirtschaft und Freiraumsicherung
- Verstärkte Nutzung des Internet anstelle der Auslegung der Raumordnungspläne (bzw. deren Entwürfe) bei den unteren Landesplanungsbehörden
- Stärkung der Kompetenzen der Planungsausschüsse der Regionalen Planungsverbände bei gleichzeitig gestaffelter Verringerung der Obergrenze der Mitgliederzahl
- Beschränkung des Anwendungsbereichs der Raumordnungsverfahren auf die Vorhaben nach der Raumordnungsverordnung des Bundes
- Verkürzung der Abschlussfrist bei Raumordnungsverfahren auf drei Monate (Verlängerung auf höchstens sechs Monate nur aus wichtigem Grund)
- Einführung eines vereinfachten Raumordnungsverfahrens durch Verfahrenserleichterungen bei zeitgleich laufenden Bauleitplan- oder Zulassungsverfahren.

Weitere Deregulierungen für die Regionalpläne werden im künftigen Landesentwicklungsprogramm normiert werden.

2. Anpassung an Bundesrecht

Bei der Umsetzung der rahmenrechtlichen Vorgaben in Abschnitt 2 des ROG schöpft der Gesetzentwurf die den Ländern belassenen Spielräume unter Berücksichtigung der spezifischen bayerischen Interessenlage aus. So werden etwa die in bayerischen Raumordnungsplänen schon bisher verwendeten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auch im BayLplG verankert (Art. 11 Abs. 2 Nrn. 1 und 2), während auf die Einführung von Eignungsgebieten als neue Kategorie ebenso verzichtet wird wie auf das Instrument des regionalen Flächennutzungsplans.

Im Einklang mit dem ROG zielt auch die Novellierung des BayLplG auf eine stärkere Umsetzungsorientierung der Landesplanung ab (Art. 25). Neu ist hierbei die Funktion der Regionalen Planungsverbände als Moderatoren bei Konflikten zwischen einzelnen Verbandsmitgliedern (Art. 25 Abs. 3).

Der Gesetzentwurf ergänzt, verdeutlicht oder akzentuiert darüber hinaus wichtige bayerische Anliegen im Verhältnis zum Bundesrecht. Das gilt insbesondere für

- die Verankerung, gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und zu erhalten (Art. 1 Abs. 1 Satz 2),
- die Verdeutlichung der materiellen Koordinierungsaufgabe der Raumordnung als zusammenfassender Planung im Verhältnis zur raumbedeutsamen Fachplanung (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 und Art. 3 Abs. 3) sowie
- die Klarstellung, dass Ziele in Raumordnungsplänen in Bayern grundsätzlich als Soll-Vorschriften formuliert werden (Art. 3 Abs. 2 Satz 2).

3. Umsetzung von europäischem Recht

Um den durch die SUP-Richtlinie verursachten Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, wird die vorgeschriebene Umweltprüfung in die Verfahren zur Ausarbeitung und Aufstellung von Raumordnungsplänen integriert; die rahmenrechtlichen Vorgaben des EAG Bau sind dabei bereits berücksichtigt. Zusätzliche Anforderungen gegenüber dem geltenden Recht ergeben sich insbesondere durch

- die Erstellung eines Umweltberichts (Art. 12),
- erweiterte Bekanntgabepflichten einschließlich einer zusammenfassenden Erklärung (Art. 15) sowie
- die Überwachung (Art. 15 Satz 3 Nr. 2, Art. 27).

Auf Grund der Integration der verfahrensrechtlichen Anforderungen der SUP-Richtlinie in die Verfahrensvorschriften des Gesetzentwurfs wird der zusätzliche Regelungsumfang auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.

Wegen der zahlreichen Einzeländerungen, die nahezu jeden Artikel zumindest in redaktioneller Hinsicht betreffen, sowie wegen der Anpassung an die Strukturen des neuen ROG und der SUP-Richtlinie mit ihren Anhängen ist eine vollständige Neufassung des BayLplG erforderlich.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Neufassung des BayLplG ist zwingend notwendig wegen des Gebots von weiterer Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung, der erforderlichen Anpassung an Bundesrecht und der gebotenen Umsetzung von europäischem Recht. Die durch höherrangiges Recht vorgegebenen Änderungen des BayLplG erfolgen unter Wahrung der spezifisch bayerischen Interessenlage in dem lediglich unbedingt notwendigen Umfang.

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

Art. 1

Aufgabe und Instrumente der Landesplanung

(1) ¹Aufgabe der Landesplanung ist es, nach Maßgabe des Raumordnungsgesetzes (ROG) und dieses Gesetzes den Gesamtraum Bayerns und seine Teilräume auf Grund einer fachübergreifenden Koordinierung unter den Gesichtspunkten der Raumordnung zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. ²Dabei sind gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und zu erhalten.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgabe sind

1. zusammenfassende, übergeordnete und überörtliche Raumordnungspläne (Landesentwicklungsprogramm und Regionalpläne) aufzustellen und bei Bedarf fortzuschreiben,
2. raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen aufeinander abzustimmen.

(3) Landesplanung ist Aufgabe des Staates.

Art. 2

Grundsätze der Raumordnung

Für die Landesplanung gelten neben den Grundsätzen der Raumordnung in § 2 Abs. 2 ROG folgende weitere Grundsätze:

1. Der geographischen Lage Bayerns im Bundesgebiet und im europäischen Raum ist Rechnung zu tragen; dabei sind die Interessen und natürlichen Gegebenheiten aller Landesteile zu berücksichtigen.

2. Gebiete, zwischen denen ausgewogene Lebens- und Wirtschaftsbeziehungen bestehen oder entwickelt werden sollen, die den Erfordernissen der Raumordnung entsprechen, werden zu Regionen zusammengefasst.
3. Gemeinden, die sich als Mittelpunkt des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens eines bestimmten Einzugsbereichs eignen, können durch das Landesentwicklungsprogramm und die Regionalpläne als Zentrale Orte bestimmt werden. Sie sollen nach der Eigenart und Bedeutung der angestrebten Mittelpunktspflichten eingestuft werden und so über das ganze Staatsgebiet verteilt sein, dass möglichst gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Zentrale Orte sind nach Maßgabe ihrer Aufgaben besonders zu fördern.
4. Überörtliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Kultur, insbesondere der Bildung und des Sports, sollen der Bevölkerung in angemessener Entfernung und möglichst in geeigneten Zentralen Orten oder in deren Nähe zugänglich sein. Die Erfordernisse einer zweckmäßigen und wirtschaftlichen Verwaltungsorganisation sind zu beachten.
5. Auf eine sinnvolle überörtliche Zuordnung von Arbeits- und Wohnstätten ist hinzuwirken.
6. Zur Ordnung in Verdichtungsräumen und zur grenzüberschreitenden Entwicklung sind bei Bedarf Entwicklungsachsen festzulegen.
7. Günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der Wirtschaft und für die Schaffung und Sicherung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen sind anzustreben.
8. Verkehrsanlagen und Verkehrsbedienung sollen so geplant werden, dass sie leistungsfähige Verbindungen gewährleisten. Ein volkswirtschaftlich zweckmäßiges, den Erfordernissen einer raschen, preisgünstigen und sicheren Verkehrsbedienung entsprechendes Zusammenwirken der Verkehrsträger ist anzustreben. Zentrale Orte und Erholungsgebiete sollen leicht erreichbar sein, insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

9. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist darauf hinzuwirken, dass
 - a) die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit preiswürdiger und möglichst umweltfreundlicher Energie sichergestellt und den Erfordernissen der Aufsuchung und Gewinnung heimischer Rohstoffvorkommen Rechnung getragen wird,
 - b) die Erfordernisse der Wasserwirtschaft und die Belange eines geordneten Wasserhaushalts in der Landschaft berücksichtigt werden; dazu gehören insbesondere die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser in ausreichender Menge und Güte, die Reinhaltung des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer sowie der Hochwasserschutz,
 - c) die Erfordernisse der überörtlichen Abfallentsorgung beachtet werden.
10. Die natürlichen Ertragsbedingungen der Land- und Forstwirtschaft sind zu verbessern. Vorhaben, die der Strukturverbesserung in der Landwirtschaft dienen, sind besonders zu berücksichtigen. Es ist darauf hinzuwirken, dass der land- und forstwirtschaftlich genutzte Boden auch künftig als Kulturlandschaft erhalten bleibt.
11. Der Standort von Anlagen, die Luftverunreinigung, Lärm, Erschütterung oder schädliche Strahlung verursachen oder die natürliche Beschaffenheit des Grundwassers oder der oberirdischen Gewässer nachteilig beeinflussen können, soll so gewählt werden, dass Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen vermieden werden. Dies gilt insbesondere für Wohn-, Erholungs- und Fremdenverkehrsgebiete sowie andere besonders schützenswerte Räume und für Flächen, die gegenwärtig oder voraussichtlich künftig der Wasserversorgung dienen. Geplante Anlagen sollen nach Möglichkeit in geeigneten Gebieten zusammengefasst werden. Auf die durch bestehende Anlagen verursachten Einwirkungen soll bei Maßnahmen des Siedlungswesens Rücksicht genommen werden.
12. Die Landschaft und das Gleichgewicht des Naturhaushalts sollen nicht nachteilig verändert werden. Unvermeidbare wesentliche Beeinträchtigungen sind

durch landschaftspflegerische Maßnahmen möglichst auszugleichen. Wälder sollen nach Lage, Ausdehnung und Art so erhalten werden, dass sie Klima und Wasserhaushalt günstig beeinflussen, die natürlichen Schutzaufgaben des Waldes erfüllen und der Bevölkerung in ausreichendem Maß als Erholungsgebiete zur Verfügung stehen. Gebiete von besonderer Schönheit oder Eigenart und Naturdenkmale sind möglichst unberührt zu erhalten und zu schützen. Der Zugang zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten ist der Allgemeinheit freizuhalten und erforderlichenfalls zu eröffnen. Die Zersiedlung der Landschaft soll verhindert werden.

13. Geeignete Gebiete, insbesondere in der Nähe größerer Siedlungseinheiten, sollen als Erholungsgebiete erhalten, geschaffen und ausgestaltet werden.
14. Auf eine ausreichende überörtliche Gliederung von Siedlungsgebieten durch Grün- und sonstige Freiflächen soll hingewirkt werden.
15. Kennzeichnende Ortsbilder sollen erhalten werden.

Art. 3

Ziele der Raumordnung

(1) ¹Ziele der Raumordnung sind verbindliche, räumlich und sachlich bestimmte oder bestimmbare Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums und seiner Teilräume, die auf der Ebene der Landes- oder Regionalplanung von deren Trägern abschließend abgewogen sind. ²Sie werden in den Raumordnungsplänen festgelegt.

(2) ¹Ziele der Raumordnung werden in textlicher oder zeichnerischer Form dargestellt. ²Textliche Ziele werden grundsätzlich als Soll-Vorschriften formuliert. ³In den Raumordnungsplänen sind Ziele der Raumordnung als solche zu kennzeichnen.

(3) Ziele der Raumordnung können raumordnerische Festlegungen für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen der Fachplanung sowie für raumbedeutsame Einzelvorhaben (projektbezogene Ziele) zum Gegenstand haben.

2. Abschnitt

Organisation der Landesplanung

Art. 4

Landesplanungsbehörden

Landesplanungsbehörden sind das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als oberste Landesplanungsbehörde, die Regierungen als höhere Landesplanungsbehörden und die Kreisverwaltungsbehörden als untere Landesplanungsbehörden.

Art. 5

Regionale Planungsverbände

(1) ¹Träger der Regionalplanung sind die Regionalen Planungsverbände. ²Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben stimmen sie die Interessen der Verbandsmitglieder im Rahmen der Landesplanung ab. ³Sie erfüllen diese Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis.

(2) ¹Die Regionalen Planungsverbände sind Zusammenschlüsse der Gemeinden und Landkreise einer Region. ²Sie entstehen in allen Regionen mit dem In-Kraft-Treten der Einteilung des Staatsgebiets in Regionen gemäß Art. 16 Abs. 2 Nr. 1. ³Mitglieder eines Regionalen Planungsverbands sind alle Gemeinden, deren Gebiet in der Region liegt, sowie die Landkreise, deren Gebiet ganz oder teilweise zur Region gehört. ⁴Weitere juristische Personen sowie natürliche Personen können nicht Mitglieder der Regionalen Planungsverbände sein.

(3) Die Regionalen Planungsverbände bedienen sich zur Ausarbeitung des Regionalplans und zur Erstellung der Arbeitsunterlagen für die Verbandsorgane der jeweils für ihren Sitz zuständigen höheren Landesplanungsbehörde, die hierfür die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

(4) ¹Unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes sind auf die Regionalen Planungsverbände die für Zweckverbände geltenden Vorschriften anzuwenden. ²Soweit darin auf die für Gemeinden, Landkreise oder Bezirke geltenden Regelungen verwiesen wird, sind die für Landkreise vorgesehenen Bestimmungen anzuwenden. ³Die in den anzuwendenden Vorschriften begründeten Zuständigkeiten staatlicher Behörden werden durch die Landesplanungsbehörden der entsprechenden Verwaltungsstufe wahrgenommen.

Begründung: Zu Art. 5 (Regionale Planungsverbände)

Art. 5 stellt die Grundnorm für die Regionalen Planungsverbände dar.

Abs. 1 hebt gegenüber dem bisherigen Art. 6 Abs. 2 die Trägerschaft der Regionalen Planungsverbände für die gesamte Regionalplanung hervor.

Abs. 2 fasst die bisherigen Regelungen in Art. 8 Abs. 6 und Art. 7 mit einer Verweisungsänderung zusammen.

Abs. 3 ersetzt die bisherigen Art. 5 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 3. Unverändert bleibt die Verpflichtung der Regionalen Planungsverbände, sich zur Ausarbeitung des Regionalplans und zur Erstellung der Arbeitsunterlagen für die Verbandsorgane der staatlichen Einrichtungen zu bedienen. Die gesetzliche Verankerung der Regionsbeauftragten wird jedoch durch die Verpflichtung der höheren Landesplanungsbehörden ersetzt, die für die bisherigen Aufgaben der Regionsbeauftragten erforderlichen (sachlichen und personellen) Mittel zur Verfügung zu stellen. Es reicht aus, dass die höheren Landesplanungsbehörden dieser Verpflichtung unter Wahrung der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben durch innerorganisatorische Regelungen nachkommen. Auf eine gesetzliche Normierung des fachlichen Weisungsrechts der Regionalen Planungsverbände, das im bisherigen Art. 5 Abs. 2 Satz 2 gegenüber den Regionsbeauftragten geregelt war, kann ebenfalls verzichtet werden, da die personellen Mittel den Regionalen Planungsverbänden im Wege der Organleihe zur Verfügung gestellt werden und damit die betreffenden Bediensteten im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung nach Abs. 3 nicht mehr den fachlichen Weisungen der höheren Landesplanungsbehörde unterliegen. Auf die im bisherigen Art. 5 Abs. 2 Satz 2 enthaltene Regelung über die Gutachtenerstattung konnte unter Deregulierungsgesichtspunkten ebenso wie auf den bisherigen Art. 5 Abs. 2 Satz 3 verzichtet werden.

Abs. 4 strafft den bisherigen Art. 6 Abs. 4.

Der bisherige Art. 6 Abs. 5 ist als Übergangsregelung obsolet geworden.

Art. 6 Verbandssatzung

(1) ¹Die Rechtsverhältnisse der Regionalen Planungsverbände werden durch die Verbandssatzung geregelt. ²Die Verbandssatzung muss die sachgerechte Wahrnehmung der Verbandsaufgaben und die angemessene Vertretung unterschiedlicher Interessen der Verbandsmitglieder sicherstellen.

(2) ¹Die Verbandssatzung und ihre Änderungen sind der zuständigen höheren Landesplanungsbehörde anzuzeigen. ²Sie dürfen nur in Kraft gesetzt werden, wenn die zuständige höhere Landesplanungsbehörde nicht innerhalb einer Frist von sechs

Wochen nach Eingang der Anzeige die Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht oder wenn sie vor Ablauf der Frist erklärt hat, dass sie keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht.

(3) ¹Die Verbandssatzung wird von der zuständigen höheren Landesplanungsbehörde erlassen, wenn von ihr aus rechtlichen Gründen geforderte Satzungsänderungen innerhalb einer angemessenen Frist nicht beschlossen werden. ²Den Verbandsmitgliedern ist vorher Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung zum Inhalt der Verbandssatzung darzulegen.

Art. 7

Organe der Regionalen Planungsverbände

(1) Organe der Regionalen Planungsverbände sind ausschließlich die Versammlung, der Planungsausschuss und der Vorstandsvorsitzende.

(2) ¹In der Versammlung sind nur die von den Verbandsmitgliedern entsandten Vorstandsmitglieder oder deren Stellvertretungen stimmberechtigt. ²Jedes Verbandsmitglied entsendet einen Vorstandsmitglied. ³Abstimmungen erfolgen nach der Einwohnerzahl der zur Region gehörenden Gebiete der Verbandsmitglieder mit der Maßgabe, dass jeder Vorstandsmitglied für je angefangene 1000 Einwohner eine Stimme erhält. ⁴Dabei ist der zum Jahresschluss fortgeschriebene Bevölkerungsstand (Wohnbevölkerung) mit Wirkung zum 1. Juli des folgenden Jahres für die Dauer von zwei Jahren zugrunde zu legen. ⁵Die Einwohner kreisangehöriger Gemeinden werden der Gemeinde und dem Landkreis jeweils einmal zugerechnet. ⁶Die Einwohner kreisfreier Gemeinden und gemeindefreier Gebiete zählen doppelt. ⁷Kein Verbandsmitglied erhält mehr als ein Drittel der Stimmen. ⁸In der Versammlung ist für Beschlüsse und bei Wahlen neben der jeweils notwendigen Stimmenmehrheit die Zustimmung von mindestens einem Viertel der anwesenden Vorstandsmitglieder erforderlich. ⁹Art. 32 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) ist nicht anzuwenden.

(3) Die Versammlung ist ausschließlich zuständig für

1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertretungen,
2. die Beschlussfassung über die Verbandssatzung,
3. die Beschlussfassung über Gesamtfortschreibungen des Regionalplans.

(4) ¹Dem Planungsausschuss gehören außer dem Verbandsvorsitzenden Vertretungen der Verbandsmitglieder in folgender Zahl an: Bei Regionalen Planungsverbänden mit

1. bis zu 80 Mitgliedern höchstens 12,
2. mehr als 80 bis zu 120 Mitgliedern höchstens 18,
3. mehr als 120 Mitgliedern höchstens 24.

²Er setzt sich aus Vertretungen der kreisangehörigen Gemeinden, der kreisfreien Gemeinden und der Landkreise entsprechend den Stimmanteilen dieser Gruppen in der Verbandsversammlung zusammen. ³Die Vertretungen der jeweiligen Gruppen werden durch die von diesen Gruppen entsandten Verbandsräte bestellt.

(5) Der Planungsausschuss ist zuständig für die Beschlussfassung über

1. die Verfahrensschritte zur Ausarbeitung des Regionalplans,
2. Teilfortschreibungen des Regionalplans,
3. Stellungnahmen im Rahmen von Verfahren, an denen der Regionale Planungsverband beteiligt wird,
4. Angelegenheiten nach Art. 34 Abs. 2 Nrn. 3 bis 5 KommZG.

Begründung: Zu Art. 7 (Organe der Regionalen Planungsverbände)

Art. 7 ist die Kernvorschrift für die Strukturreform der Regionalen Planungsverbände.

Abs. 1 beschränkt im Unterschied zum bisherigen Art. 8 Abs. 7 die Organe auf die Verbandsversammlung, den Planungsausschuss und den Verbandsvorsitzenden; weitere Organe sowie ein regionaler

Planungsbeirat sind unzulässig. Diese Beschränkung dient der straffen Organisation der Regionalen Planungsverbände und damit der effektiven Aufgabenwahrnehmung.

In Abs. 2 entsprechen die Sätze 1 bis 8 im Wesentlichen dem bisherigen Art. 8 Abs. 8 Sätze 1 bis 8; die Änderung in Satz 7 (Änderung der „Sperrklausel“ von 40 v.H. auf ein Drittel der Stimmen) ist zur angemessenen Vertretung aller Gruppen im verkleinerten Planungsausschuss erforderlich (vgl. Abs. 4). Satz 9 ist erforderlich, da angesichts der beschränkten Kompetenzen der Verbandsversammlung (vgl. Abs. 3) jährliche Einberufungen nicht erforderlich sind.

Abs. 3 beschränkt die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung ausschließlich auf die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertretungen sowie auf die Beschlussfassung über die Verbandsatzung und über Gesamtfortschreibungen des Regionalplans. Dies dient der Stärkung des wesentlich kleineren - und damit effektiveren und kostengünstiger arbeitenden - Planungsausschusses, der für alle wesentlichen Aufgaben, u.a. auch - über den bisherigen Art. 8 Abs. 9 Satz 6 hinaus - für alle Teilfortschreibungen zuständig ist (vgl. Abs. 5).

Abs. 4 enthält die bisherigen Regelungen in Art. 8 Abs. 9 Sätze 1 bis 4 (unter Zusammenfassung der bisherigen Sätze 3 und 4), beschränkt jedoch zur effektiveren Aufgabenerfüllung – gestaffelt nach der Mitgliederzahl des Verbands - die Obergrenze der Mitgliederzahl des Planungsausschusses.

Abs. 5 regelt die umfassenden Zuständigkeiten des Planungsausschusses.

Neu sind insbesondere die Zuständigkeiten für die Beschlussfassung über alle Teilfortschreibungen des Regionalplans (Nr. 2) und über alle Haushalts- und Finanzangelegenheiten (Nr. 4).

Darüber hinaus weist Nr. 1 dem Planungsausschuss umfassend die Aufgaben in der Ausarbeitungsphase des Regionalplans zu, insbesondere die einzelnen Verfahrensschritte (z.B. Einleitung der Ausarbeitungsphase und des Anhörungsverfahrens); dies umfasst naturgemäß die entsprechenden Beratungen (z.B. über den Entwurf des Regionsbeauftragten oder die Auswertung des Anhörungsverfahrens; im Falle des Abs. 3 Nr. 3 auch die Vorberatung für die Verbandsversammlung).

Nr. 3 umfasst über den bisherigen Art. 8 Abs. 9 Satz 7 hinaus nicht nur Stellungnahmen zu anderen Zielen der Raumordnung, sondern auch Stellungnahmen in allen anderen Verfahren, an denen der Regionale Planungsverband beteiligt wird, etwa in Raumordnungsverfahren oder in der Bauleitplanung. Allerdings werden künftig die Regionalen Planungsverbände bei Bebauungsplänen, die aus dem Flächennutzungsplan entwickelt sind, und bei der Aufstellung oder Änderung von Flächennutzungsplänen von lediglich örtlicher Bedeutung nicht mehr beteiligt werden, so dass in diesen Fällen eine Stellungnahme entfällt.

Der bisherige Art. 8 Abs. 10 entfällt, da auf den bislang fakultativen regionalen Planungsbeirat im Sinne einer straffen Organisation der Regionalen Planungsverbände verzichtet wird.

Art. 8

Aufsicht über die Regionalen Planungsverbände

(1) Die Regionalen Planungsverbände unterliegen der Aufsicht der für ihren Sitz zuständigen höheren Landesplanungsbehörde.

(2) Die oberste Landesplanungsbehörde und die zuständige Regierung können unbeschadet weitergehender Befugnisse die Einladung zu Sitzungen der Organe der Regionalen Planungsverbände verlangen; ihre Vertretungen können an den Sitzungen beratend teilnehmen.

Art. 9**Kostenerstattung an die Regionalen Planungsverbände**

¹Der Freistaat Bayern ersetzt den Regionalen Planungsverbänden den notwendigen Aufwand für die Ausarbeitung und Aufstellung der Regionalpläne. ²Das Nähere wird durch Rechtsverordnung der Staatsregierung bestimmt.

Art. 10**Landesplanungsbeirat**

(1) ¹Bei der obersten Landesplanungsbehörde besteht unter dem Vorsitz des Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ein Landesplanungsbeirat. ²Der Vorsitzende beruft die Mitglieder auf Vorschlag von Organisationen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere aus den Bereichen der Ökologie, der Ökonomie, des Sozialwesens und der Kultur, deren Aufgaben durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen berührt werden, sowie auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände Bayerns. ³Der Vorsitzende kann Sachverständige als weitere Mitglieder in den Landesplanungsbeirat berufen.

(2) ¹Der Landesplanungsbeirat soll die oberste Landesplanungsbehörde durch Gutachten, Anregungen und Empfehlungen unterstützen. ²Er ist von der obersten Landesplanungsbehörde nach Maßgabe dieses Gesetzes an der Ausarbeitung und Aufstellung des Landesentwicklungsprogramms zu beteiligen und zu grundlegenden Fragen der Raumordnung und Landesplanung zu hören.

(3) Das Nähere, insbesondere die Bestimmung der vorschlagsberechtigten Organisationen nach Abs. 1 Satz 2, die Rechtsstellung der Mitglieder und die Entschädigung der Sachverständigen, regelt das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie durch Rechtsverordnung.

3. Abschnitt

Raumordnungspläne

Art. 11

Grundlagen

(1) Die Grundsätze der Raumordnung sind nach Maßgabe der Leitvorstellung des § 1 Abs. 2 ROG und des Gegenstromprinzips des § 1 Abs. 3 ROG für einen regelmäßig mittelfristigen Zeitraum für das Staatsgebiet durch das Landesentwicklungsprogramm und für die Regionen durch die Regionalpläne zu konkretisieren.

(2) ¹Festlegungen in Raumordnungsplänen können auch Gebiete bezeichnen,

1. die für bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen, Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind (Vorranggebiete),
2. in denen bestimmten, raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden soll (Vorbehaltsgebiete),
3. in denen bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausgeschlossen werden sollen.

²Die Belange, für die in Regionalplänen Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete festgelegt werden können, werden im Landesentwicklungsprogramm bestimmt.

(3) Die normativen Vorgaben der Raumordnungspläne sind zu begründen.

(4) Raumordnungspläne können in räumlichen und sachlichen Teilabschnitten ausgearbeitet und aufgestellt werden.

(5) ¹Raumordnungspläne sind bei Bedarf fortzuschreiben. ²Für Fortschreibungen gelten die Vorschriften für Raumordnungspläne entsprechend.

Begründung: Zu Art. 11 (Grundlagen)

Abs. 1 setzt § 7 Abs. 1 Satz 1 ROG um.

Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 übernehmen die – in Bayern schon bisher eingesetzten - Instrumente der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 1 und 2 ROG) aus dem Rahmenrecht. Auf die Umsetzung des Instruments des Eignungsgebiets (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 ROG) wird verzichtet; dessen Regelungsgehalt beschränkt sich auf einen zielförmigen Ausschluss bestimmter Maßnahmen außerhalb des festgelegten Gebiets, während innergebiets eine landesplanerische (positive) Regelungswirkung trotz der Verwendung des Begriffs "geeignet" nicht gegeben ist, was zu Missverständnissen führen könnte. Nr. 3 stellt klar, dass Festlegungen auch Gebiete bezeichnen können, in denen bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausgeschlossen werden sollen.

Satz 2 schränkt den Einsatz der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in der Regionalplanung ein. Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete dürfen in den Regionalplänen nur mehr festgelegt werden, wenn dies im Landesentwicklungsprogramm ausdrücklich zugelassen ist. So wird etwa im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1 BayNatSchG auch nach dem künftigen Landesentwicklungsprogramm weiterhin die Festlegung landschaftlicher Vorbehaltsgebiete in den Regionalplänen zulässig sein, allerdings wegen der Einschränkung in Art. 18 Abs. 2 Nr. 3 (keine Doppelabsicherung) nicht mehr in bereits naturschutzrechtlich gesicherten Gebieten. Diese Gebiete werden als bestehende Festsetzungen und Nutzungen kartografisch im Regionalplan aufgenommen, um Art. 3 Abs. 1 BayNatSchG Rechnung zu tragen. Für bestehende, aber künftig nicht mehr zulässige Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete können im Landesentwicklungsprogramm Übergangsregelungen getroffen werden.

Abs. 3 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 4 Abs. 2 Satz 1 und setzt § 7 Abs. 8 ROG um. Die normativen Vorgaben der Raumordnungspläne sind sowohl Ziele als auch Grundsätze der Raumordnung. Die Begründung ist Bestandteil des Raumordnungsplans. Auf Sätze 2 und 3 des bisherigen Art. 4 Abs. 2 kann nach den zwischenzeitlich in der Praxis gewonnenen Erfahrungen verzichtet werden.

Abs. 4 ersetzt in Anpassung an § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG die bisherigen Art. 14 Abs. 4 und Art. 18 Abs. 5. Auf das Vorliegen wichtiger Gründe kann dabei verzichtet werden.

Abs. 5 Satz 1 entspricht dem bisherigen Art. 14 Abs. 5 (für das Landesentwicklungsprogramm) und dem bisherigen Art. 18 Abs. 7 (für die Regionalpläne). Im Sinne der Deregulierung erklärt der neue Satz 2 die Vorschriften für die Raumordnungspläne auf die in der Praxis nur mehr relevanten Fortschreibungen für entsprechend anwendbar; dies gilt nicht nur für den 3. Abschnitt, sondern für alle Abschnitte des Gesetzes.

Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne ist gegebenenfalls auch eine Prüfung nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durchzuführen. Diese ist nach den Vorschriften des Bayerischen Naturschutzgesetzes (Art. 13c Abs. 3 und Art. 49a Abs. 3) vorzunehmen. Hierzu bedarf es jedoch keines gesetzlichen Hinweises.

Art. 12

Umweltbericht

(1) Als gesonderter Bestandteil des Begründungsentwurfs ist ein Umweltbericht zu erstellen.

(2) ¹Im Umweltbericht werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, die die Verwirklichung des Raumordnungsplans auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen unter Berücksichtigung der Zielsetzungen und des räumlichen Geltungsbereichs des Raumordnungsplans, entsprechend dem Planungsstand ermittelt, beschrieben und bewertet. ²Im Einzelnen umfasst der Umweltbericht die in Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG in der jeweils geltenden Fassung genannten Angaben, soweit sie vernünftigerweise gefordert werden können und unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind.

(3) Der Umweltbericht wird von der für die Ausarbeitung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle auf der Grundlage von Stellungnahmen der Behörden, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung der in Anhang I Buchst. f der Richtlinie 2001/42/EG genannten Belange gehört, erstellt; beim Landesentwicklungsprogramm sind dies Stellungnahmen der in ihrem Aufgabenbereich betroffenen obersten Landesbehörden, bei den Regionalplänen Stellungnahmen der in ihrem Aufgabenbereich betroffenen höheren oder, sofern diese nicht vorhanden sind, obersten Landesbehörden.

(4) ¹Von der Erstellung des Umweltberichts kann bei geringfügigen Änderungen von Raumordnungsplänen abgesehen werden, wenn nach den Kriterien des Anhangs II der Richtlinie 2001/42/EG in der jeweils geltenden Fassung festgestellt worden ist, dass die Änderungen voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen haben werden. ²Diese Feststellung ist unter Beteiligung der in Abs. 3 genannten Behörden zu treffen. ³Die zu dieser Feststellung führenden Erwägungen sind in den Begründungsentwurf aufzunehmen.

(5) Der Umweltbericht kann bei Regionalplänen auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränkt werden, wenn für das Landesentwicklungsprogramm, aus dem der Regionalplan entwickelt ist, bereits eine Umweltprüfung durchgeführt worden ist.

Art. 13

Anhörungsverfahren

(1) Der Entwurf des Raumordnungsplans ist

1. den öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 ROG, für die eine Beachtungspflicht begründet werden soll,
2. den in Art. 12 Abs. 3 genannten Behörden,
3. den nach Naturschutzrecht in Bayern anerkannten Vereinen, soweit sie in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt sind,
4. beim Landesentwicklungsprogramm auch den kommunalen Spitzenverbänden Bayerns

mit einer angemessenen Frist zur Stellungnahme bekannt zu geben.

(2) ¹Die Öffentlichkeit ist einzubeziehen. ²Hierzu ist der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms bei der obersten Landesplanungsbehörde, der Entwurf des Regionalplans bei der zuständigen höheren Landesplanungsbehörde für einen angemessenen Zeitraum von mindestens einem Monat auszulegen; erstreckt sich eine Region auch auf andere Regierungsbezirke, erfolgt die Auslegung auch bei den dortigen höheren Landesplanungsbehörden. ³Gleichzeitig ist der Entwurf in das Internet einzustellen. ⁴Ort und Zeit der Auslegung sowie die Internetadresse sind vorher in den jeweiligen Amtsblättern bekannt zu machen; in der Bekanntmachung und im Internet ist darauf hinzuweisen, dass bis zum Ablauf der Auslegungsfrist Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung gegenüber der für die Ausarbeitung des Raumordnungsplans zuständigen Stelle gegeben wird. ⁵Rechtsansprüche werden durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit nicht begründet.

(3) ¹Das Landesentwicklungsprogramm ist mit den Raumordnungsplänen für das Gebiet benachbarter deutscher Länder, die Regionalpläne sind mit den Regionalplänen angrenzender Regionen innerhalb des Staatsgebiets und in benachbarten deutschen Ländern abzustimmen. ²Die Raumordnungspläne einschließlich der durchzuführenden Verfahren sind mit den Nachbarstaaten nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit abzustimmen, wenn erhebliche Auswirkungen auf diese Staaten zu erwarten sind oder ein Nachbarstaat dies beantragt. ³Für die Abstimmungen ist der Entwurf des Raumordnungsplans den für die Raumordnung und den Umweltschutz zuständigen obersten Behörden der benachbarten Länder und

der betroffenen Nachbarstaaten oder den von diesen Ländern oder Staaten benannten Behörden, bei Regionalplänen auch den Trägern der Regionalplanung in den angrenzenden Regionen, so rechtzeitig zu übermitteln, dass diese Behörden Stellung nehmen und dazu die Öffentlichkeit einbeziehen können.

Art. 14

Abwägung

¹Bei der Ausarbeitung und Aufstellung der normativen Vorgaben der Raumordnungspläne sind die in § 2 Abs. 2 ROG und in Art. 2 enthaltenen Grundsätze der Raumordnung gegeneinander und untereinander abzuwägen. ²In der Abwägung sind auch

1. der nach Art. 12 erstellte Umweltbericht,
2. die Ergebnisse der nach Art. 13 durchgeführten Anhörungsverfahren,
3. die im Rahmen von Art. 17 Abs. 1 oder Art. 19 Abs. 1 Satz 1 eingeholten Beiträge,
4. sonstige öffentliche Belange und private Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind,
5. bei Regionalplänen sowie bei flächenhaften Festlegungen im Landesentwicklungsprogramm die Flächennutzungspläne und die Ergebnisse der von Gemeinden beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planungen

zu berücksichtigen.

Art. 15

Bekanntgabe

¹Ab dem Tag des In-Kraft-Tretens ist das Landesentwicklungsprogramm bei der obersten Landesplanungsbehörde, der Regionalplan bei der zuständigen höheren

Landesplanungsbehörde auszulegen und in das Internet einzustellen; hierauf ist im jeweiligen Veröffentlichungsblatt hinzuweisen. ²Art. 13 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend. ³Die Begründung des Raumordnungsplans enthält auch

1. eine zusammenfassende Erklärung,
 - a) wie Umwelterwägungen in den Raumordnungsplan einbezogen wurden,
 - b) wie der nach Art. 12 erstellte Umweltbericht, die Ergebnisse der Anhörungsverfahren nach Art. 13, beim Landesentwicklungsprogramm auch des Verfahrensschritts nach Art. 17 Abs. 1 Satz 2, sowie die geprüften Alternativen in der Abwägung berücksichtigt wurden,
2. eine Zusammenstellung der Maßnahmen, die für eine Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Raumordnungsplans gemäß Art. 27 durchgeführt werden sollen.

Art. 16

Inhalt des Landesentwicklungsprogramms

(1) ¹Das Landesentwicklungsprogramm legt die Grundzüge der anzustrebenden räumlichen Ordnung und Entwicklung des Staatsgebiets fest. ²Insoweit können auch für überregionale Teilräume besondere Festlegungen getroffen werden.

³Festlegungen zu einzelnen Planungen und Maßnahmen können in das Landesentwicklungsprogramm aufgenommen werden, wenn sie für das ganze Staatsgebiet oder größere Teile desselben raumbedeutsam sind.

(2) Das Landesentwicklungsprogramm enthält insbesondere

1. die Einteilung des Staatsgebiets in Regionen; eine Region soll sich regelmäßig auf das zusammenhängende Gebiet mehrerer Landkreise unter Einbeziehung kreisfreier Gemeinden erstrecken, wobei das Gebiet einzelner Gemeinden nicht geteilt werden darf,

2. die Festlegung der Zentralen Orte, Vorgaben für ihre Sicherung und, soweit erforderlich, ihren weiteren Ausbau sowie Vorgaben für die Bestimmung der Zentralen Orte der Grundversorgung sowie der Siedlungsschwerpunkte; Art. 18 Abs. 2 Nr. 1 bleibt unberührt,
3. die Gebiete, die hinsichtlich ihrer Problemlage, ihres Ordnungsbedarfs und ihrer angestrebten Entwicklung einheitlich zu behandeln sind, sowie die entsprechend ihrer jeweiligen Eigenart erforderlichen übergeordneten Festlegungen,
4. Festlegungen zur nachhaltigen Raumentwicklung in landesweit raumbedeutsamen Fachbereichen, sofern nicht die jeweiligen Belange fachrechtlich hinreichend gesichert sind.

Art. 17

Ausarbeitung und Aufstellung des Landesentwicklungsprogramms

(1) ¹Das Landesentwicklungsprogramm wird von der obersten Landesplanungsbehörde im Benehmen mit den übrigen Staatsministerien ausgearbeitet. ²Der Landesplanungsbeirat ist zu hören.

(2) Die im Landesentwicklungsprogramm enthaltenen normativen Vorgaben werden von der Staatsregierung mit Zustimmung des Landtags als Rechtsverordnung beschlossen.

Art. 18

Inhalt der Regionalpläne

(1) ¹Regionalpläne sind aus dem Landesentwicklungsprogramm zu entwickeln. ²Sie legen unter Beachtung der im Landesentwicklungsprogramm festgelegten Ziele der Raumordnung die anzustrebende räumliche Ordnung und Entwicklung einer Region fest.

(2) Regionalpläne enthalten ausschließlich

1. die Festlegung der Zentralen Orte der Grundversorgung und der Siedlungsschwerpunkte sowie Vorgaben für deren Sicherung und, soweit erforderlich, deren weiteren Ausbau,
2. Festlegungen zu Gebieten im Sinn von Art. 16 Abs. 2 Nr. 3,
3. regionsweit raumbedeutsame Festlegungen zum Siedlungswesen, zum Verkehr, zur Wirtschaft und zur Freiraumsicherung, sofern nicht die jeweiligen Belange fachrechtlich hinreichend gesichert sind.

Begründung: Zu Art. 18 (Inhalt der Regionalpläne)

Abs. 1 Satz 1 setzt das Entwicklungsgebot des § 9 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 ROG um. Satz 2 entspricht dem bisherigen Art. 17 Abs. 1 mit der Verdeutlichung, dass die im Landesentwicklungsprogramm festgelegten Ziele der Raumordnung zu beachten, also übergeordnet sind. Der bisherige Art. 17 Abs. 5 kann daher entfallen.

Abs. 2 enthält abschließende Vorgaben für den Inhalt der Regionalpläne, um eine Verschlankung der Regionalpläne zu erreichen.

In Nr. 1 dienen die Änderungen gegenüber dem bisherigen Art. 17 Abs. 2 Nr. 1 insbesondere der Stärkung der regionalen Ebene. Die Festlegung der Zentralen Orte der Grundversorgung, die die Versorgung der Bevölkerung ihrer Nahbereiche mit dem Grundbedarf sicherstellen sollen, hat einen besonderen Bezug zu den örtlichen Verhältnissen. Deshalb wird die Zuständigkeit für die Festlegung der Zentralen Orte dieser Stufe insgesamt (d.h. nunmehr auch für die Unterzentren) den Regionalen Planungsverbänden übertragen. Gleiches gilt auch für die Festlegung der Siedlungsschwerpunkte, die in der Regel vergleichbare Versorgungsaufgaben wahrnehmen sollen. Der frühere Zusatz "nach Maßgabe des Landesentwicklungsprogramms" kann im Hinblick auf Abs. 1 Satz 2 entfallen.

Nr. 2 ermöglicht die erforderlichen regionsspezifischen Differenzierungen und Konkretisierungen innerhalb der Gebietskategorien, die nach Art. 16 Abs. 2 Nr. 3 im Landesentwicklungsprogramm ausgewiesen werden.

Nr. 3 nennt die Fachbereiche, in denen regionalplanerische Festlegungen möglich und für die geordnete Entwicklung einer Region auch erforderlich sind (Siedlungswesen, Verkehr, Wirtschaft und Freiraumsicherung). Darunter fallen auch Festlegungen, die in Teilaspekten mehreren Fachbereichen zuzuordnen sind, wie etwa Festlegungen zur Wasserwirtschaft (insbesondere – nach Maßgabe des Landesentwicklungsprogramms (vgl. Art. 11 Abs. 2 Satz 2) – Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Wasserversorgung oder Vorranggebiete Hochwasser). Außerdem bleiben – wie bisher – die Landschaftsrahmenpläne Teile der Regionalpläne (vgl. Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 BayNatSchG und Begründung zu Art. 11 Abs. 2 Satz 2). Schließlich enthält Nr. 3 – auf die Regionsebene bezogen – sinngemäß dieselben Einschränkungen wie Art. 16 Abs. 2 Nr. 4 (regionsweite Raumbedeutsamkeit, keine Doppelregelungen bzw. -absicherungen).

Auf den bisherigen Art. 17 Abs. 4 kann (ebenso wie auf den bisherigen Art. 13 Abs. 3) nach den in der Praxis gewonnenen Erfahrungen verzichtet werden. Der bisherige Art. 17 Abs. 6 ist insbesondere im Hinblick auf Art. 13 Abs. 3 entbehrlich.

Art. 19**Ausarbeitung und Aufstellung der Regionalpläne**

(1) ¹Regionalpläne werden von den zuständigen Regionalen Planungsverbänden im Benehmen mit den öffentlichen Stellen, deren Aufgaben berührt werden, ausgearbeitet und von den Regionalen Planungsverbänden beschlossen. ²Die in den Regionalplänen enthaltenen normativen Vorgaben werden als Rechtsverordnung beschlossen, auf Antrag des Regionalen Planungsverbands durch die zuständige höhere Landesplanungsbehörde für verbindlich erklärt und in deren Amtsblatt veröffentlicht; erstreckt sich die Region auch auf andere Regierungsbezirke, erfolgt die Veröffentlichung auch in den Amtsblättern der dortigen höheren Landesplanungsbehörden.

(2) ¹Bei der Verbindlicherklärung stimmt sich die höhere Landesplanungsbehörde mit den berührten Fachbehörden der entsprechenden Verwaltungsstufe oder, sofern diese nicht vorhanden ist, nächsthöheren Verwaltungsstufe ab. ²Art. 95 Abs. 2 der Landkreisordnung gilt entsprechend. ³Von der Verbindlicherklärung können einzelne in einem beschlossenen Regionalplan enthaltene normative Vorgaben ausgenommen werden, soweit die Voraussetzungen für die Ablehnung eines nach Abs. 1 Satz 2 gestellten Antrags vorliegen und die ausgenommenen Vorgaben die anzustrebende räumliche Ordnung und Entwicklung der Region im Übrigen nicht oder nur unwesentlich berühren. ⁴Die höhere Landesplanungsbehörde kann geringfügige oder dringende Änderungen der normativen Vorgaben selbst vornehmen, soweit die Voraussetzungen für die Ablehnung eines nach Abs. 1 Satz 2 gestellten Antrags vorliegen; Art. 11 bis 15 gelten entsprechend.

(3) ¹Der Antrag nach Abs. 1 Satz 2 kann in den Fällen des Art. 7 Abs. 3 Nr. 3 bereits nach Beschlussfassung im Planungsausschuss gestellt werden. ²Über den Antrag ist grundsätzlich innerhalb einer Frist von drei Monaten, bei umfangreichen Fortschreibungen von sechs Monaten zu entscheiden. ³Die Frist beginnt mit der Einreichung der erforderlichen Unterlagen, in den Fällen von Satz 1 jedoch frühestens mit der abschließenden Beschlussfassung in der Verbandsversammlung.

Art. 20**Planerhaltung**

(1) Für die Rechtswirksamkeit eines Raumordnungsplans ist es unbeachtlich, wenn die Begründung des Raumordnungsplans unvollständig ist; dies gilt nicht bei Unvollständigkeit der die Umweltprüfung betreffenden Begründung nach Art. 15 Satz 3, sofern abwägungserhebliche Angaben fehlen.

(2) ¹Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die nicht nach Abs. 1 unbeachtlich ist, wird unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung des Raumordnungsplans schriftlich unter Darlegung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, geltend gemacht wird. ²Die Geltendmachung hat beim Landesentwicklungsprogramm gegenüber der obersten Landesplanungsbehörde, bei Regionalplänen gegenüber dem Regionalen Planungsverband zu erfolgen. ³In der Bekanntmachung des Raumordnungsplans ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie auf die Rechtsfolgen hinzuweisen. ⁴In jedem Fall ist es beachtlich, wenn und soweit kein gültiger Beschluss über den Raumordnungsplan gemäß Art. 17 Abs. 2 oder Art. 19 Abs. 1 Satz 1 gefasst ist, die Zustimmung des Landtags gemäß Art. 17 Abs. 2 oder die Verbindlicherklärung gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 nicht vorliegt.

(3) ¹Mängel im Abwägungsvorgang sind nur erheblich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind. ²Solche Abwägungsmängel sowie die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die nicht nach Abs. 1 und 2 unbeachtlich sind, führen nicht zur Nichtigkeit des Raumordnungsplans, wenn sie durch ein ergänzendes Verfahren behoben werden können. ³Bis zur Behebung der Mängel entfaltet der Raumordnungsplan insoweit keine Bindungswirkungen.

(4) Die Verpflichtung der zuständigen höheren Landesplanungsbehörde, im Rahmen der Verbindlicherklärung gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 die Einhaltung auch der Vorschriften, deren Verletzung sich nach Abs. 1 oder 2 nicht auswirkt, zu überprüfen, sowie Art. 8 Abs. 1 bleiben unberührt.

4. Abschnitt

Sicherungsinstrumente der Landesplanung

Art. 21

Gegenstand, Zweck und Erforderlichkeit von Raumordnungsverfahren

(1) Gegenstand von Raumordnungsverfahren sind die in der Raumordnungsverordnung vom 13. Dezember 1990 (BGBl I S. 2766) in der jeweils geltenden Fassung bestimmten Vorhaben, soweit sie konkret und von überörtlicher Raumbedeutsamkeit sind.

(2) ¹Vorhaben nach Abs. 1 sind vor der Entscheidung über die Zulässigkeit in einem Raumordnungsverfahren auf ihre Raumverträglichkeit zu überprüfen. ²Durch das Raumordnungsverfahren wird festgestellt,

1. ob oder mit welchen Maßgaben das Vorhaben mit den Erfordernissen der Raumordnung, einschließlich der raumbedeutsamen und überörtlichen Belange des Umweltschutzes, vereinbar ist und
2. wie Vorhaben unter den Gesichtspunkten der Raumordnung aufeinander abgestimmt oder durchgeführt werden können.

³Die Feststellung nach Satz 2 schließt die Prüfung vom Träger des Vorhabens eingeführter Alternativen ein. ⁴Raumordnungsverfahren werden ausschließlich im öffentlichen Interesse durchgeführt.

(3) Von einem Raumordnungsverfahren kann abgesehen werden, wenn das Vorhaben

1. Zielen der Raumordnung offensichtlich entspricht oder widerspricht oder
2. den Festsetzungen eines den Zielen der Raumordnung angepassten Bebauungsplans nach § 30 Abs. 1 oder § 12 des Baugesetzbuchs (BauGB) entspricht oder widerspricht und sich die Zulässigkeit des Vorhabens nicht nach einem

Planfeststellungsverfahren oder einem sonstigen Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung bestimmt.

Art. 22

Einleitung, Durchführung und Abschluss von Raumordnungsverfahren

(1) ¹Das Raumordnungsverfahren kann auf Antrag einer öffentlichen Stelle oder eines privaten Planungsträgers oder von Amts wegen eingeleitet werden; bei Vorhaben von öffentlichen Stellen des Bundes, von anderen öffentlichen Stellen, die im Auftrag des Bundes tätig sind, sowie von Personen des Privatrechts nach § 5 Abs. 1 ROG ist im Benehmen mit der zuständigen Stelle oder Person über die Einleitung zu entscheiden. ²Über die Notwendigkeit, ein Raumordnungsverfahren durchzuführen, ist innerhalb einer Frist von höchstens vier Wochen nach Einreichung der hierfür erforderlichen Unterlagen zu entscheiden. ³Auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens besteht kein Rechtsanspruch.

(2) ¹Für die Entscheidung über die Einleitung sowie für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens sind zuständig

1. die höheren Landesplanungsbehörden,
2. die oberste Landesplanungsbehörde bei Vorhaben des Bundes nach Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 und des Freistaates Bayern, die für die Entwicklung des Staatsgebiets oder größerer Teile desselben raumbedeutsam sind.

²Die oberste Landesplanungsbehörde kann, soweit sie nach Satz 1 Nr. 2 zuständig ist, die Durchführung einzelner Verfahrensabschnitte einer höheren Landesplanungsbehörde übertragen. ³Sie kann bei Vorhaben, von denen mehrere höhere Landesplanungsbehörden betroffen werden, eine von ihnen für zuständig erklären; diese handelt im Benehmen mit den übrigen betroffenen höheren Landesplanungsbehörden. ⁴Die höheren Landesplanungsbehörden können, soweit sie nach Satz 1 Nr. 1 zuständig sind, die Durchführung einzelner Verfahrensabschnitte einer unteren Landesplanungsbehörde übertragen.

(3) ¹Die Verfahrensunterlagen haben sich auf die Darstellungstiefe zu beschränken, die notwendig ist, um die Bewertung der unter überörtlichen Gesichtspunkten raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens zu ermöglichen. ²Notwendig sind in der Regel folgende Angaben:

1. Beschreibung des Vorhabens nach Art und Umfang, Bedarf an Grund und Boden sowie vorgesehenen Folgefunktionen, einschließlich der vom Träger des Vorhabens eingeführten Alternativen unter Angabe der wesentlichen Auswahlgründe,
2. Beschreibung der entsprechend dem Planungsstand zu erwartenden erheblichen Auswirkungen des Vorhabens, insbesondere auf die Wirtschafts-, Siedlungs- und Infrastruktur sowie auf die Umwelt, und der Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung oder zum Ausgleich erheblicher Umweltbeeinträchtigungen sowie der Ersatzmaßnahmen bei nicht ausgleichbaren Eingriffen in Natur und Landschaft.

³Bei Vorhaben der militärischen Verteidigung entscheidet das zuständige Bundesministerium oder die von ihm bestimmte Stelle, bei Vorhaben der zivilen Verteidigung die zuständige Stelle über Art und Umfang der Angaben für das Vorhaben.

(4) Im Raumordnungsverfahren sind zu beteiligen:

1. die öffentlichen Stellen und sonstigen Planungsträger, die von dem Vorhaben berührt sind,
2. die nach Naturschutzrecht in Bayern anerkannten Vereine, soweit sie in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt sind,
3. die benachbarten deutschen Länder, soweit sich das Vorhaben im dortigen Gebiet auswirken kann, und
4. die Nachbarstaaten nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit, sofern das Vorhaben erhebliche Auswirkungen auf sie haben kann.

(5) ¹Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich einzubeziehen, wenn von dem Vorhaben erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind; bei Vorhaben nach Abs. 3 Satz 3 entscheiden die dort genannten Stellen, ob und in welchem Umfang die Öffentlichkeit einbezogen wird. ²Zur Einbeziehung der Öffentlichkeit sind die nach Abs. 3 erforderlichen Unterlagen auf Veranlassung der Landesplanungsbehörde von den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirkt, spätestens zwei Wochen nach Zugang der Unterlagen während eines angemessenen Zeitraums von höchstens einem Monat zur Einsicht auszulegen. ³Ort und Zeit der Auslegung haben die Gemeinden vorher ortsüblich bekannt zu machen; in der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass innerhalb einer von der Landesplanungsbehörde bestimmten Frist Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung gegeben wird. ⁴Die Gemeinden leiten die vorgebrachten Äußerungen nach Ablauf der Äußerungsfrist unverzüglich der Landesplanungsbehörde zu; sie können dazu eine eigene Stellungnahme abgeben. ⁵Rechtsansprüche werden durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit nicht begründet; die Verfolgung von Rechten im nachfolgenden Zulassungsverfahren bleibt unberührt.

(6) ¹Das Raumordnungsverfahren ist nach Vorliegen der vollständigen Verfahrensunterlagen innerhalb einer Frist von drei Monaten, die aus wichtigem Grund auf höchstens sechs Monate verlängert werden kann, mit einer landesplanerischen Beurteilung abzuschließen. ²Ist die Öffentlichkeit einbezogen worden, ist sie von der landesplanerischen Beurteilung durch ortsübliche Bekanntmachung zu unterrichten.

Art. 23

Vereinfachtes Raumordnungsverfahren

¹Vorhaben nach Art. 21 Abs. 1 können in einem vereinfachten Raumordnungsverfahren auf ihre Raumverträglichkeit überprüft werden, wenn bereits ein Bauleitplan- oder Zulassungsverfahren für das Vorhaben eingeleitet ist. ²Die Beteiligung nach Art. 22 Abs. 4 und die Einbeziehung der Öffentlichkeit nach Art. 22 Abs. 5 erfolgen durch Heranziehung von für das Raumordnungsverfahren erheblichen Stellungnahmen sowie Äußerungen der Öffentlichkeit, die in dem Bauleitplan- oder Zulassungsverfahren abgegeben werden.

Art. 24**Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen**

(1) ¹Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die von den Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung nach § 4 Abs. 1 und 3 ROG erfasst werden, können untersagt werden

1. zeitlich unbefristet, wenn Ziele der Raumordnung entgegenstehen,
2. zeitlich befristet, wenn zu befürchten ist, dass die Verwirklichung in Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung befindlicher Ziele der Raumordnung unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werden würde.

²Die befristete Untersagung kann in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 auch bei behördlichen Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Maßnahmen von Personen des Privatrechts erfolgen, wenn die Ziele der Raumordnung bei dieser Entscheidung nach § 4 Abs. 4 und 5 ROG erheblich sind.

(2) ¹Die Untersagung obliegt der obersten Landesplanungsbehörde im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsministerien. ²Äußert sich ein beteiligtes Staatsministerium nicht innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheidentwurfs, gilt das Einvernehmen als erteilt. ³Die in Satz 1 begründeten Zuständigkeiten können durch Rechtsverordnung der Staatsregierung ganz oder teilweise auf nachgeordnete Behörden übertragen werden.

(3) Die Untersagung erfolgt von Amts wegen oder auf Antrag eines Planungsträgers, dessen Aufgaben durch die zu untersagende Planung oder Maßnahme berührt werden.

(4) Der Träger der zu untersagenden Planung oder Maßnahme ist zu hören.

(5) ¹Die befristete Untersagung kann wiederholt werden. ²Ihre Gesamtdauer darf zwei Jahre nicht überschreiten.

(6) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Untersagung haben keine aufschiebende Wirkung.

(7) ¹Muss der Träger der untersagten Planung oder Maßnahme auf Grund der Untersagung einen Dritten entschädigen, so ersetzt ihm der Freistaat Bayern die hierdurch entstehenden notwendigen Aufwendungen. ²Die Ersatzleistung ist ausgeschlossen, wenn die Untersagung von dem Planungsträger verschuldet ist oder aus Anlass der Untersagung aus anderen Rechtsgründen Entschädigungsansprüche bestehen.

Art. 25

Verwirklichung der Landesplanung

(1) ¹Die Landesplanungsbehörden und die Regionalen Planungsverbände wirken darauf hin, dass die Ziele der Raumordnung beachtet sowie die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt werden. ²In Bauleitplan- und Zulassungsverfahren werden landesplanerische Stellungnahmen grundsätzlich von der höheren Landesplanungsbehörde abgegeben.

(2) Der Freistaat Bayern und die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wirken darauf hin, dass die Personen des Privatrechts, an denen sie beteiligt sind, im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Ziele der Raumordnung beachten sowie die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigen.

(3) Bei Konflikten zwischen Verbandsmitgliedern, die die Regionalplanung betreffen, wirkt der Regionale Planungsverband auf eine einvernehmliche Lösung hin.

(4) § 13 ROG ist anzuwenden.

Begründung: Zu Art. 25 (Verwirklichung der Landesplanung)

Art. 25 setzt einen Akzent auf die Verwirklichung der Landesplanung (neben der Planung und der Abstimmung), wie dies insbesondere § 13 ROG vorgibt, ohne dass damit fachliche Vollzugskompetenzen begründet werden.

Abs. 1 Satz 1 greift den bisherigen Art. 22 auf und konkretisiert ihn - neben einer Anpassung an § 4 ROG - hinsichtlich der Verpflichteten, wobei die Regionalen Planungsverbände auch bisher schon diese Aufgabe wahrgenommen haben. Satz 2 weist die Zuständigkeit für die Abgabe landesplanerischer Stellungnahmen in Bauleitplan- und Zulassungsverfahren grundsätzlich den höheren Landesplanungsbehörden zu. Dies schließt landesplanerische Stellungnahmen der obersten Landespla-

nungsbehörde (etwa in den Fällen des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) und der Regionalen Planungsverbände (vgl. Begründung zu Art. 7 Abs. 5 Nr. 3) nicht aus.

Abs. 2 konkretisiert den bisherigen Art. 25 in Anlehnung an § 18 Abs. 4 ROG und passt ihn an § 4 ROG an.

Abs. 3 weist - neu - den Regionalen Planungsverbänden eine Moderatoren- und Vermittlerrolle bei Konflikten zwischen einzelnen Verbandsmitgliedern mit regionalplanerischem Bezug zu, etwa im Falle strittiger Standort- oder Trassenfragen bei Vorhaben von überörtlicher Raumbedeutsamkeit. Die Regionalen Planungsverbände sollen dabei auf eine zügige und einvernehmliche Lösung hinwirken.

Abs. 4 setzt § 13 ROG um.

5. Abschnitt

Datengrundlagen und Überwachung

Art. 26

Mitteilungs- und Auskunftspflicht

(1) ¹Die Staatsministerien teilen die von ihnen beabsichtigten oder im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu ihrer Kenntnis gelangenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen unverzüglich der obersten Landesplanungsbehörde mit. ²Die sonstigen öffentlichen Stellen des Freistaates Bayern und die Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 ROG sind zu entsprechender unverzüglicher Mitteilung gegenüber den höheren Landesplanungsbehörden, die kreisangehörigen Gemeinden außerdem gegenüber der unteren Landesplanungsbehörde, verpflichtet.

(2) Die sonstigen privaten Planungsträger sind verpflichtet, den Landesplanungsbehörden auf Verlangen Auskunft über raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zu erteilen.

(3) ¹Die Landesplanungsbehörden unterrichten die öffentlichen Stellen und privaten Planungsträger über die sie betreffenden Erfordernisse der Raumordnung. ²Die höheren Landesplanungsbehörden teilen den Regionalen Planungsverbänden die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der Region mit.

Art. 27

Raumbeobachtung

Die Landesplanungsbehörden erfassen, verwerten und überwachen fortlaufend die raumbedeutsamen Tatbestände und Entwicklungen.

Art. 28

Unterrichtung des Landtags

Die Staatsregierung berichtet dem Landtag alle vier Jahre über den Stand der Raumordnung in Bayern, die Verwirklichung des Landesentwicklungsprogramms und über neue Planungsvorhaben von allgemeiner Bedeutung.

6. Abschnitt

Sonstige Vorschriften

Art. 29

Zielabweichungsverfahren

(1) Die oberste Landesplanungsbehörde kann die Abweichung von einem Ziel der Raumordnung im Einvernehmen mit den fachlich berührten Staatsministerien und im Benehmen mit den betroffenen Gemeinden, bei Abweichungen von einem Ziel in einem Regionalplan auch im Benehmen mit dem Regionalen Planungsverband zulassen, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

(2) Antragsbefugt sind öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 ROG, die das Ziel der Raumordnung zu beachten haben.

Art. 30
Anpassungsgebot,
Ersatzleistung an die Gemeinden

(1) Die oberste Landesplanungsbehörde kann im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsministerien verlangen, dass die Gemeinden ihre rechtswirksamen Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anpassen.

(2) Muss eine Gemeinde einen Dritten gemäß §§ 39 bis 44 BauGB entschädigen, weil sie einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan auf Grund der Ziele der Raumordnung geändert oder aufgehoben hat, so ist ihr vom Freistaat Bayern Ersatz zu leisten.

(3) Ein Anspruch auf Ersatzleistung ist ausgeschlossen, wenn die Gemeinde die höhere Landesplanungsbehörde nicht rechtzeitig von dem Entwurf des angepassten Bebauungsplans unterrichtet hat oder soweit sie von einem durch die Maßnahme Begünstigten Ersatz verlangen kann.

Art. 31
Verfahren bei der Abstimmung von Raumordnungsplänen
außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes

(1) ¹Wird ein Raumordnungsplan außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes mit der obersten Landesplanungsbehörde oder einem Regionalen Planungsverband (beteiligte Stellen) abgestimmt, ist zur Einbeziehung der Öffentlichkeit der Entwurf des Raumordnungsplans mit der Begründung sowie den übermittelten, im Rahmen der Umweltprüfung erstellten Unterlagen unverzüglich bei den höheren Landesplanungsbehörden, in deren Zuständigkeitsbereich Auswirkungen des Raumordnungsplans zu erwarten sind, auszulegen und von der beteiligten Stelle in das Internet einzustellen. ²Für die Dauer der Auslegung gilt Art. 13 Abs. 2 Satz 2 entsprechend, soweit Vorgaben der beteiligten Stelle nicht entgegenstehen; Art. 13 Abs. 2 Sätze 4 und 5 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass die vorgebrachten Äußerungen der beteiligten Stelle zuzuleiten sind.

(2) Sofern im Rahmen der Umweltprüfung erstellte Unterlagen übermittelt worden sind, ist den in Art. 12 Abs. 3 genannten Behörden innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Art. 32

Verwaltungskosten

Für Amtshandlungen auf Grund dieses Gesetzes werden keine Verwaltungskosten erhoben.

7. Abschnitt

Schlussbestimmungen

Art. 33

Änderungen anderer Gesetze

(1) Das Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1998 (GVBI S. 593, BayRS 791-1-UG), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBI S. 975), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält Art. 6c folgende Fassung:

“Art. 6c (aufgehoben)“

2. Art. 6c wird aufgehoben.

3. Art. 6e Satz 2 erhält folgende Fassung:

²Anordnungen nach Art. 6a Abs. 1 bis 3 sind nur innerhalb von drei Monaten

nach der Anzeige zulässig."

4. Art. 10 Abs. 2 Satz 1 wird aufgehoben; die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 1 bis 3.

(2) Art. 21 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft - LwFöG - (BayRS 787-1-L), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 469), wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.

(3) Das Waldgesetz für Bayern - BayWaldG - (BayRS 7902-1-L), zuletzt geändert durch § 13 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), wird wie folgt geändert:

1. Art. 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„Art. 5

Grundsätze der forstlichen Fachplanung

(1) Unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und unter Berücksichtigung der Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind Waldfunktionspläne als forstliche Fachplanung aufzustellen.

(2) ¹Der Wald hat Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen sowie Bedeutung für die biologische Vielfalt. ²Er ist deshalb nach Fläche, räumlicher Verteilung, Zusammensetzung und Struktur so zu erhalten, zu mehren und zu gestalten, dass er seine jeweiligen Funktionen und seine Bedeutung für die biologische Vielfalt bestmöglich und nachhaltig erfüllen kann.

Art. 6

Waldfunktionspläne

(1) Waldfunktionspläne enthalten

1. die Darstellung und Bewertung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Wälder sowie ihre Bedeutung für die biologische Vielfalt,

2. die zur Erfüllung der Funktionen und zum Erhalt der biologischen Vielfalt erforderlichen Ziele und Maßnahmen sowie Wege zu ihrer Verwirklichung.

(2) Die Waldfunktionspläne unterliegen der ständigen Fortentwicklung.“

2. In Art. 11 Abs. 1 werden die Worte „, soweit er in Plänen nach Art. 17 oder als einzelnes Ziel nach Art. 26 BayLplG ausgewiesen ist“ gestrichen.
3. Art. 12 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Wald, dem eine außergewöhnliche Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung zukommt, kann durch Rechtsverordnung zum Erholungswald erklärt werden.“

(4) In Art. 15 Nr. 12 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBI S. 162, BayRS 34-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2004 (GVBI S. 229), werden die Worte „(Art. 18 BayLPIG)“ durch die Worte „(Art. 19 Abs. 1 Satz 2 BayLplG)“ ersetzt.

Art. 34

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsregelungen

(1) ¹Dieses Gesetz tritt am in Kraft. ²Mit Ablauf des tritt das Bayerische Landesplanungsgesetz (BayLplG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 1997 (GVBI S. 500, BayRS 230-1-W), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2004 (GVBI S. 14), außer Kraft.

(2) ¹Von der Anwendung der Art. 12, 13 Abs. 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 sowie Abs. 3 Satz 3 hinsichtlich der Bekanntgabe an die für den Umweltschutz zuständigen obersten Behörden, Art. 14 Satz 2 Nr. 1, Art. 15 und Art. 27 hinsichtlich der Überwachung kann abgesehen werden, wenn die förmliche Einleitung des Verfahrens zur Ausarbeitung und Aufstellung des Raumordnungsplans vor dem 21. Juli 2004 erfolgt ist und die abschließende Beschlussfassung über den Raumordnungsplan vor dem

21. Juli 2006 erfolgt ist; im Übrigen sind diese Verfahren nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu Ende zu führen. ²Sind Abstimmungen gemäß Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 BayLplG in der bisher geltenden Fassung vor dem in Abs. 1 Satz 1 genannten Zeitpunkt eingeleitet worden, sind die bisher geltenden Vorschriften weiter anzuwenden. ³Waldfunktionspläne, die bis zu dem in Abs. 1 Satz 1 genannten Zeitpunkt als fachliche Pläne im Sinn von Art. 15 und 16 BayLplG in der bisher geltenden Fassung aufgestellt worden sind, gelten als Fachpläne im Sinn von Art. 33 Abs. 3 Nr. 1 fort.